

# Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe -Prozessvorbereitungsgruppe-

## Gerichtsverhandlung über den Weiterbau des AKW-BROKDORF am 11. u. 12. Oktober

### Was ist bisher geschehen und weshalb soll verhandelt werden?

Verhandelt wird am 11. und 12. Oktober vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg ( OVG-LG ) über die Beschwerde von HEW, NWK, KWU, und KKW Brokdorf GmbH gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichtes Schleswig ( VG-SL ) vom Februar dieses Jahres. Das VG-SL hatte einen Baustop verfügt. Wie sah die Auseinandersetzung um Brokdorf bisher aus ? :

- gegen die atomrechtliche Genehmigung protestierten 31 178 Bürger mit ihrer Unterschrift, viele Bürgerinitiativen und Vereine im Namen von 40 000 Mitgliedern und 160 Bürger mit eigenen Einsprüchen.
- Gegen die wasserrechtliche Genehmigung legten 5 800 Menschen Einspruch ein.
- Am 25.10.76 erteilte die Schleswig- Holsteinische Landesregierung die erste Teilerrichtungsgenehmigung (1. TEG) für das AKW Brokdorf mit der sofortigen Vollziehbarkeit, d.h. danach durfte mit dem Bau begonnen werden, bevor das Gericht entschieden hat, ob der Bau und Betrieb des AKW rechtmäßig ist. Es erfolgte sofort der Baubeginn in einer Nacht- und Nebelaktion. Unter Polizeischutz wurde die "Festung" Brokdorf errichtet.
- Am 30.10.76 demonstrierten etwa 8 000 Menschen gegen den Baubeginn und besetzten für einige Zeit einen Teil des Bauplatzes.
- Am 31.10.76 demonstrierten etwa 4 000 Menschen gegen den Baubeginn und das Vorgehen der Polizei am Vortage.
- Am 13.11.76 demonstrierten etwa 45 000 Menschen und versuchten, erneut den Bauplatz zu besetzen.
- 9 Einzelpersonen und 3 Gemeinden klagten gegen den Bau. Die Klage gegen die 1. TEG wurde zusammen mit einem Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage (Baustop!) am 25.11. beim VG-SL eingereicht.
- Am 17.12.76 verfügte das VG-SL einen vorläufigen Baustop bis zur mündlichen Verhandlung im Februar.
- Am 18.12.76 demonstrierten Bauern mit 80 Schleppern gegen das AKW.
- Am 9.2.77 wird der Baustop in der mündlichen Verhandlung bestätigt. Über die Klage der Gemeinden wurde noch nicht entschieden. Gegen diesen Entscheid legten HEW, NWK, KWU und KKW Brokdorf GmbH beim OVG-LG Beschwerde ein.
- Am 19.2.77 demonstrierten etwa 60 000 Menschen auf zwei Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe gegen das AKW Brokdorf.



- Am 5.8.77 errichten Bürgerinitiativen aus dem norddeutschen Raum ein Bewachungslager am AKW- Bauplatz Brokdorf. Das Lager hatte große Sympathien in der umliegenden Bevölkerung und wurde von ihr auch materiell unterstützt. Es gelang der Landesregierung nur mit einem riesigen Polizeiaufgebot (700) das Lager am Vormittag des 9.8. zu räumen, nachdem die meisten AKW- Gegner wieder zur Arbeit mußten.

Viele Tausend Menschen haben sich inzwischen im ganzen Bundesgebiet zusammengeschlossen und bringen ihren Protest gegen den Bau von Atomanlagen täglich durch verschiedene Aktionen wie Veranstaltungen, Büchertische, Stompreisboykott, Kundgebungen usw. zum Ausdruck.

## Wie werden wir die Auseinandersetzung vor dem Gericht führen?

Die Kläger (6 Bauern, 1 Lehrerin, 1 Schiffbaumeister und 1 Bauingenieur) hatten über ihren Rechtsanwalt das Gericht aufgefordert, einen großen Saal in Wilster (10 km von Brokdorf) für die Verhandlung zu benutzen, aber das Gericht lehnte ab. Als Argument führte das Gericht an, daß eine mündliche Verhandlung in diesem Beschlußverfahren generell nicht vorgesehen ist und es Schwierigkeiten machen würde, in einem neu zu bestimmenden Saal die technische Anlage zur Aufnahme der Verhandlungsniederschrift zu installieren. Daraufhin haben wir - die Prozeßvorbereitungsgruppe der BUU - für den 11. und 12. 10. einen Saal in Wilster vereinbart, der mehrere hundert Personen faßt und erklären uns bereit, die technische Anlage zu installieren. In Anbetracht des starken öffentlichen Interesses an der Verhandlung haben wir das Gericht erneut aufgefordert, einen großen Saal zu benutzen, um es vielen Menschen zu ermöglichen, der Verhandlung beizuwohnen und die Argumentation des Gerichtes, der Vertreter des Landes Schleswig- Holstein, der Kläger und der HEW , NWK, KWU selbst zu verfolgen. Zur Unterstützung dieser Forderung führen wir eine Unterschriftensammlung durch. Der Prozeß ist nicht nur ein Angriff weniger Kläger, wissenschaftlicher und juristischer Experten gegen die Atomindustrie, sondern die Kläger vertreten zig- tausende von AKW- Gegnern. Vom Ausgang dieses Prozesses hängt ab, ob bis zum Gerichtsentscheid im sogenannten Hauptsacheverfahren weitergebaut werden darf oder nicht. Wird weitergebaut, so werden immer mehr vollendete Tatsachen geschaffen, die das Ergebnis der Hauptverhandlung vorbestimmen. In der Verhandlung werden wahrscheinlich folgende Themen angesprochen werden :

- Überlagerung der Strahlenbelastungen durch die AKW Brunsbüttel, Stade, Brokdorf.
- Langfristige Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente.
- Großtechnische Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente.
- Möglichkeit der Endlagerung abgebrannter Brennelemente ohne Wiederaufbereitung.
- Endlagerung hochradioaktiver Abfälle.
- Berstschutz, nachträgliche Einbaumöglichkeit.
- Auswirkungen von Reaktorunfällen.

Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß die Gerichte nicht auf Grund unserer guten wissenschaftlichen Argumente entscheiden, sondern entsprechend der politischen Situation.



# Wie sieht die politische Situation aus?

Die Anti- AKW- Bewegung umfaßt inzwischen breite Teile der Bevölkerung. Malville und Kalkar haben aber gezeigt, daß die Regierung in der BRD wie auch in Frankreich offen mit militärischen Mitteln gegen die Bevölkerung vorgehen, um ihre Atomprogramme durchzusetzen. Es werden sogar schon diejenigen angegriffen, die vor den Gerichten gegen AKW klagen. So sagte Bundeskanzler Schmidt auf dem SPD- Landesparteitag in Hamburg am 16.9.77 : " Überall gibt es solche, die darüber endlos reden und beraten wollen, Verfahren einschalten, Einsprüche, Gerichte, nächste Instanz, einstweilige Verfügung, Hauptverhandlung. So reich sind wir nicht mit Arbeitsplätzen, daß wir uns mitschuldig machen dürften an den Hemmnissen bei den Investitionen. " Weiterhin muß man beachten, daß Brokdorf einen sehr großen Symbolwert hat. Bestätigt das OVG den Baustop (das wäre das erste mal, daß ein OVG das tut), dann wäre das ein Signal für alle anderen AKW- Standorte, denn die Leute dort würden sagen : Was die in Brokdorf geschafft haben, das können wir auch erreichen.

Diese politische Situation spricht dafür, daß das Gericht wahrscheinlich den Weiterbau anordnen wird und die Atomindustrie auch versuchen wird weiterzubauen.

Für uns bedeutet das, daß der Prozeß ein öffentlicher Angriff gegen die Praktiken der Atomindustrie und der Regierung werden muß und daß wir versuchen werden aufzuzeigen, wie Recht, wirtschaftliche Interessen und politische Macht miteinander verflochten sind. Wir wollen viele weitere Menschen gewinnen, sich für ihre Interessen auch praktisch einzusetzen.

## PROZESSVORBEREITUNG

- Film und Diskussionsveranstaltungen in der Wilster Marsch.
- Vertreter der Prozeßgruppe berichten auf verschiedenen BI-Sitzungen über den Prozeß.
- Prozeßveranstaltungen  
Hamburg, Fr. 7.10. 19 Uhr Marti-Luther-King-Haus Grindelallee 9  
Itzehoe, Sa. 8.10. 15 Uhr Restaurant am Planschbecken
- Treckerdemonstration, Mo. 10.10. 13.30 Uhr am Bauplatz  
anschließend Pressekonferenz am Bauplatz.
- Aktionstag am Verhandlungsort (Plakate, Büchertische, Flugblätter Theater usw.) Gemeinsame Diskussion mit Klägern, Rechtsanwälten und Gutachtern über den Prozeßverlauf.



Die Verhandlung findet am 11. u. 12. Oktober,  
voraussichtlich in Schleswig, statt.

Beginn: 9.30 Uhr, ganztägig  
Ort: Verwaltungsgericht Schleswig

Gemeinsame Abfahrt Hamburg 7.00 Uhr

*U-Bahnhof Osterstrasse*

Kontakt: Heinrich Voß, Roßkopp, 2211 Wewelsfleth  
Tel. 04829/356

**BUU-Hamburg**, Prozessvorbereitungsgruppe  
Lutterothstraße 33, 2 Hamburg 19 Tel. 040/40 27 82